

Impulse

Die Zeitschrift des BSA Niederösterreich | 03/2024

**Für dein besseres Österreich -
darum am 29. September SPÖ**

Interview mit Sabine Dohr | S. 4

Politik für ein gesundes Österreich | S. 10



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Nicht nur wir in Österreich befinden uns in einem „Superwahljahr“. Weltweit werden in diesem Jahr fast 45% der Weltbevölkerung zu den Wahlen gerufen – nicht alle davon haben bzw. hatten jedoch die Chance auf eine freie Stimmabgabe in einer fairen Wahl nach demokratischen Prinzipien.

Es ist ein Jahr bedeutsamer Entscheidungen! Ein Jahr, in dem sich zeigt, ob die Kräfte der extremen Rechten, der antidemokratischen Positionen weiter erstarken, oder sich jene Kräfte durchsetzen, die sich aktiv gegen Spaltung und Hetze positionieren. Einige dieser Wahlen sind bereits geschlagen. Dabei haben sich vielerorts – entgegen diverser Umfragen – jene Parteien und jene Kandidat:innen durchgesetzt, die mit ihrer Politik auf Maßnahmen FÜR die Menschen setzten, anstelle von Hass und Eingrenzung. Diese einzelnen Ergebnisse sind jedoch noch kein Grund zur Sorglosigkeit. Im Gegenteil: Es zeigt uns viel mehr, dass es stets erforderlich ist, für den Erhalt unserer demokratischen Prinzipien zu kämpfen.

Wichtige Wahlen liegen noch vor uns, insbesondere die Nationalratswahl am 29. September 2024. Wir haben dabei die Chance, Österreich wieder zum positiven zu verändern. Die Chance, das Leben für die Menschen in Österreich wieder leistbarer zu machen, Kindern ein sorgenfreies Aufwachsen in gesundheitsförderlichen Verhältnissen zu ermöglichen, das Gesundheitssystem wieder zu stärken sowie sozial gerechte Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise zu setzen. Gleichzeitig stehen wir damit auch vor der immensen Herausforderung, weitere Verschlechterungen für die Menschen in unserem Land zu verhindern und uns engagiert gegen die Spaltung unserer Gesellschaft zu stellen. Seien es zentrale Frauenrechte, die verteidigt werden müssen oder der Kampf gegen die weitere Aushöhlung unseres Sozialstaats: Es geht bei dieser Wahl um nicht weniger als um unsere Zukunft.

Nützen wir daher am 29. September unsere Stimmen als positive Kraft für Österreich, für den Erhalt sozialstaatlicher Errungenschaf-

ten und für die stetige Gewährleistung demokratischer Prinzipien.

Damit darf ich meine einleitenden Worte mit jenen unseres Spitzenkandidaten Andi Bamberger schließen: „**Österreich braucht Politik mit Herz und Hirn. Unser Land braucht die SPÖ.**“



© z/vg

Mag.^a Claudia Neumayer-Stickler, MA
Stv. Landesvorsitzende des BSA NÖ



Mutterschutz und Karenz für niederösterreichische Bürgermeisterinnen

Seit Anfang des Jahres gelten auch in Niederösterreichs Gemeindestuben gesetzliche Regelungen für Mutterschutz und Karenz. Zum Schutz der Amtsträgerinnen und zur Attraktivierung des Amtes für Frauen wurde Bürgermeisterinnen die Möglichkeit eingeräumt, für die Dauer des allgemeinen bekannten Beschäftigungsverbots (für Dienstnehmerinnen) nach mutterschutzrechtlichen Vorschriften einseitig und schriftlich zu erklären, dass sie ihr Amt nicht ausüben. Hierbei handelt es sich für den Gesetzgeber nicht um einen Amtsverzicht, sondern um eine Verhinderung der Amtsausübung für die Dauer des Schutzzeitraumes. Sollte eine Bürgermeisterin diese Möglichkeit nicht in Anspruch nehmen, kann sie ihr Amt natürlich weiterhin ausüben.

Dies bedeutet, dass auch in Niederösterreich eine Bürgermeisterin acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung schriftlich eine „Verhinderung der Amtsausübung“ bekanntgeben kann, die als (analoge) „Mutterschutz“-Regelung gesehen wird. Acht Wochen vor der Entbindung beträgt die Bezugsfortzahlung 100%, acht Wochen nach der Geburt 80%. Die Inanspruchnahme des Schutzzeitraumes kann von den Bürgermeisterinnen widerrufen und somit auch das Amt früher wiederangetreten werden.

Ebenso kann eine Bürgermeisterin (ungeachtet des Zeitraumes eines Mutterschutzes), aber auch ein Bürgermeister schriftlich erklären, ihr oder sein Amt zum Zweck der Kinderbetreuung für eine bestimmte Dauer nicht auszuüben (Karenzzeit). Die Karenzzeit beginnt frühestens mit der Geburt des Kindes und endet spätestens mit Ablauf des ersten Lebensjahres des Kindes. Wurde von der Bürgermeisterin bereits Mutterschutz beansprucht, kann die Karenzzeit unmittelbar im Anschluss an die Mutterschutzzeiträume in Anspruch genommen werden. Während der Dauer der Karenzzeit wird der Bezug des Amtsträgers auf 50% gekürzt. Insofern

die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister sonstige Sozialleistungen (z.B. Kinderbetreuungsgeld) in Anspruch nehmen, die eine niedrigere Zuverdienstgrenze vorsehen, reduziert sich der Bezug während der Karenzzeit auf den nach diesen Vorschriften höchstzulässigen, aliquoten monatlichen Zuverdienst.

In den Gemeinderat rückt während der Beanspruchung von Mutterschutz oder Karenzzeit ein Ersatzmitglied formell nach. Diese so entstandene Mitgliedschaft zum Gemeinderat endet mit der schriftlichen Bekanntgabe des/der Bürgermeister:in, dass keine Verhinderung mehr vorliegt, jedenfalls aber mit gesetzlichem Ablauf der Mutterschutz- bzw. Karenzzeit.

Die kommunalen Änderungen in Niederösterreich sind für die Steigerung des Frauenanteils in der Politik ein Schritt in die richtige Richtung. Viele politische Laufbahnen starten auf der kommunalen Ebene, Mutterschaft kann daher zur Unterbrechung oder gar zum Ende von politischen Karrieren führen. Als kleinste territoriale Einheit im Staatsgefüge sind die Gemeinden und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Anlaufstelle für sämtliche Angelegenheiten in der Gemeinde. Ihre Aufgaben beschränken sich dabei nicht auf die Wahrnehmung von behördlichen Zuständigkeiten und der Privatwirtschaftsverwaltung, sondern sie schlichten Konflikte zwischen Gemeindegewohnen:innen und nehmen für die Bürgernähe viele Veranstaltungstermine auf Gemeinde- und übergemeindlicher Ebene wahr. Um diesen Aufgaben und Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es nicht nur eines hohen Maßes an persönlichem Engagement und einer Vielzahl an persönlichen Kompetenzen, sondern auch erheblicher Zeitressourcen. Mutterschutz und Karenzregelungen waren daher längst nötig.



Mag. Sabine Blecha
Verbandsjuristin

Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ

„Ich möchte, dass auch meine Kinder in einem freien und solidarischen Österreich leben“

Liebe Sabine, du kandidierst – erstmals – für den Nationalrat. Was sind deine Beweggründe?

Durch meine Eltern von klein auf sozialdemokratisch geprägt, ist die SPÖ seit jeher meine politische Heimat. Seit knapp 30 Jahren arbeite ich als Juristin in einem SPÖ-geführten Regierungsbüro im Land Niederösterreich. Politik und Verwaltung sind eng miteinander verbunden und bestimmen viele unserer Lebensbereiche. Darum ist Beteiligung für jeden Einzelnen so wichtig. Leider ist das heute vielen nicht mehr bewusst. Das gilt es geradezurücken, und das gelingt am besten durch persönlichen Einsatz! Wer nicht selbst bestimmt, den bestimmen die anderen. Als ich daher gefragt wurde, für den BSA NÖ als Kandidatin in der kommenden Nationalratswahl anzutreten, und damit auch mit so vielen gemeinsam die SPÖ zu repräsentieren, gab es für mich nur eine mögliche Entscheidung, nämlich auch hier nach vorne zu treten. Und da bin ich nun – mit Herz und Hirn für Österreich – und würde mich über eine Vorzugstimme auf dem Bundeswahlvorschlag der SPÖ (182) wirklich freuen.

Du bist Gemeinderätin in St. Pölten. Was unterscheidet die kommunale von den Ebenen Bund und Land, und was verbindet sie deiner Meinung nach?

Die kommunale Ebene ist näher bei den Menschen; Beschlüsse und Entscheidungen werden unmittelbar und konkret sichtbar, handelnde Personen sind greifbarer und direkt ansprechbar. Man ist da daheim und repräsentiert seine Stadt, es ist meist gemüthlicher, aber oft auch sehr fordernd. Man lernt demokratisches Handeln und Engagement für die Zivilgesellschaft. Was alle Ebenen verbindet: deren enorme Bedeutung und auch Einfluss auf uns Bürger:innen; die Repräsentanten werden gewählt; eine große Verantwortung; die Parteien; die Verfassung unserer Republik – alle drei sind Verwaltungseinheiten.

Du hast in einem Facebook-Posting formuliert, dass du stolz bist, seit mehr als 25 Jahren Teil der Sozialdemokratie zu sein. Was macht unsere Bewegung für dich aus, und warum ist sie deine politische Heimat?

Meine Eltern waren Arbeiterkinder, geboren Anfang der 1930er-Jahre. Gemeinsam konnten sie sich ab den 1950ern ein gutes gemeinsames Leben aufbauen. Natürlich auch durch eigenen Fleiß, aber vor allem auch mit den Veränderungen und den Errungenschaften der Sozialdemokratie. Daheim wurde immer politisiert und über die Entwicklung in der Gesellschaft diskutiert. Dies hat mich sicherlich beeinflusst. Die SPÖ ist eine stolze Bewegung, die mit ihren Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität unser Österreich so weit gebracht hat und dies auch in Zukunft tun kann. Ich möchte, dass auch meine Kinder in einem freien und solidarischen Österreich leben können und nicht in einer Festung. Fehlerlos sind nichts und niemand, aber ich glaube daran, dass die SPÖ immer auf der Seite der Menschen steht, nämlich grundsätzlich aller und daran ihre Entscheidungen auf Grundlage ihrer Werte bemisst. Wir brauchen wieder eine Regierung, die für leistbares Leben sorgt, das Bildungs- und insbesondere das Gesundheitssystem wieder aufbaut, eine soziale Klimapolitik und eine sichere Zukunft garantiert. Und es geht auch um unsere Demokratie. Ich leihe mir die Worte Churchills: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“

Wie tickst du ganz persönlich, um eine Formulierung von dir selbst aufzugreifen?

Um zu wissen, wie jemand tickt fragt man wohl am besten andere – Familie, Freunde oder auch Kolleg:innen. Von diesem Spiegel ist man vor Überraschungen nicht gefeit. Ich selbst würde mich als optimistisch, humorvoll, offen, flexibel, kommunikativ und teamfähig bezeichnen, als jemanden, mit dem man durchaus „gut Kirschen essen“ kann. Womöglich mit einem leichten Hang zur Dominanz und einer gewissen Schwierigkeit, Verantwortung abzugeben. Ich liebe Kinder und arbeite (meistens) gerne mit Menschen. Ich versuche mich gesund und fit zu halten, und für mich gehört auch das Lachen dazu. Dieses Neidisch-sein und alles besser wissen oder aber stocksteife Typen kann ich nicht so leiden. Und wie man jemanden wie Trump oder Kickl wählen kann, ist mir unbegreiflich.

Abschließend: Welche Rolle spielt für dich der BSA im Rahmen der sozialdemokratischen Familie?

Der BSA ist ein Forum für Menschen mit Lust auf gesellschaftsverändernde Auseinandersetzung, die die Herausforderung einer offenen Diskussion lieben und suchen. Wir als Mitglieder können andere dazu in dieses Forum einladen und in Diskussionen oder auch Auseinandersetzungen diese von unseren Ansichten sowie Werten überzeugen. Sie davon überzeugen, den BSA auf seinem politischen und gesellschaftlichen Weg zu unterstützen und letztendlich auch die SPÖ zu begleiten. Außerdem sollte der BSA als Denkfabrik für die politischen Konzepte der SPÖ dienen.



© z/vg

HR^m Mag^a Sabine Dohr

Stellvertretende Landesvorsitzende des BSA NÖ
Gemeinderätin der Landeshauptstadt St. Pölten
Nationalratskandidatin



SPÖ



Mit Herz + Hirn
für Österreich

SPÖ



Mit 
+ Hirn
für Österreich.

Sabine Dohr
Kandidatin zur
Nationalratswahl 2024



Gesundheit - E-Card statt Kreditkarte

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung in ganz Niederösterreich mit der E-Card. Damit bei Besuchen in Gesundheitseinrichtungen keine private Versicherung oder die Kreditkarte mehr erforderlich ist.

Kinderbetreuung - ganztätig, ganzjährig, gratis

Beste Kinderbildungseinrichtungen und ihr Ausbau sind uns ein Herzensanliegen. Damit alle Kinder alle Chancen haben und sich Familie und Beruf in NÖ endlich besser vereinbaren lassen.

Teuerung - Preisexplosion wirksam bekämpfen

Mieten, Zinsen und Energiepreise deckeln und mehr geförderte Wohnungen bauen. Bessere Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung und sichere Pensionen. Damit sich die Menschen ihr Leben wieder leisten können.

Medieninhaber: SPÖ NÖ, Niederösterreiching 1a, 3100 St. Pölten
Druck:

Unterstützen wir unsere
Kandidat:innen des BSA NÖ
bei der Nationalratswahl:



Sabine DOHR
SPÖ-Bundeswahlvorschlag
Listenplatz 182



Wolfgang MOTZ
SPÖ-Landeswahlvorschlag
Listenplatz 27



Nutzen Sie am 29.9.
Ihre Stimme und
gehen Sie **WÄHLEN!**



SPÖ



Mit 
+ Hirn
für Österreich.

Wolfgang Motz
NÖ Kandidat zur
Nationalratswahl 2024



EU/2024/1275 – EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Unbeachtet von der Öffentlichkeit und den Medien trat am 28. Mai 2024 die EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden in Kraft. Es wird an der neuen Bundesregierung liegen, diese Richtlinie innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Auf die Bauwirtschaft kommt jede Menge Arbeit zu! Zunächst muss ein Minimum-Energieeffizienzstandard für Gebäude definiert werden. Dabei kann zwischen Wohn- und Nicht-Wohngebäuden unterschieden werden. Dann muss ein Nationaler Gebäude- renovierungsplan mit der Zivilgesellschaft, mit Behörden aller Ebenen etc. erstellt und nach Brüssel geschickt werden, der alle fünf Jahre aktualisiert werden muss. Danach beginnt die eigentliche Arbeit. Denn bis 2050 sollen alle Gebäude auf Null-Emissionsgebäude umgebaut werden. Bei zwei Millionen Gebäuden in Österreich sind das 100.000 pro Jahr ab 2030. Das bedeutet eine Steigerung der Sanierungsrate von 1,4 % 2018 auf dann jährlich 5%, somit mehr als das Dreifache!

Ausbildungsoffensive notwendig

Dafür wird eine Ausbildungsoffensive notwendig. Sowohl für die Handwerker:innen, die die Stromversorgung auf PV und Warmwasser auf Solarthermie umstellen, die die Fassaden mit nachhaltigen Materialien wie Hanf oder Steinwolle dämmen, die Türen und Fenster tauschen und die Heiz- und Kühlsysteme auf erneuerbare Systeme umbauen. Zusätzlich braucht es Berater:innen für die Gebäudeausweise, Gemeindebedienstete, die Daten sammeln und in eine gemeinsame Datenbank eintragen sowie die Transporteure und Logistiker:innen, die die Materialien von den Produktionsstätten zu den Baustellen bringen. Dies wird nur gelingen, wenn wir alle in Österreich lebenden Menschen einbinden – also auch Asylwerber:innen und Asylberechtigte in Ausbildung sowie Beschäftigung bringen und wenn AK, Gewerkschaften, AMS und WKÖ eng zusammenarbeiten.

Finanzierung

Für die Sanierung von 100.000 Gebäuden pro Jahr sind bei einem angenommenen Wert von EUR 80.000,- pro Gebäude acht Mrd. Euro Investitionskosten jährlich zu stemmen. Dazu wird es notwendig sein, die Kosten für



öffentliche Gebäude direkt zu tragen und bei privaten Wohn- und Firmengebäuden für günstige Kredite und Förderungen zu sorgen.

Nachhaltigkeit weitergedacht

Die Richtlinie beinhaltet aber auch Vorgaben für nachhaltige Mobilität durch die Schaffung von Ladeinfrastruktur und Fahrradstellplätzen. Technische Gebäudeausrüstung soll für gesundes Raumklima sorgen und die graue (verbaute) Energie durch die Betrachtung des Lebenszyklus eines Gebäudes gesenkt werden. Die unökologische und klimaschädliche Praxis des kompletten Abrisses und Neubaus wird dadurch endlich auch wirtschaftlich unrentabel. Alternative Nutzungsformen, Mehrfachnutzung von Gebäuden als Geschäft, Büro und Wohnung, und Grünraumplanung an, auf und um die Gebäude herum machen Wohnen, Lernen und Arbeiten mittels kurzer Wege, gesundem Raumklima und einem raschen Return on Investment zu einem Erfolgsmodell, das wir noch innerhalb einer Generation erreichen werden.

„Alle Gebäude, die wir benötigen, sind bereits gebaut.“

Zusammenfassung:

- Für Neubauten gilt ein neuer Null-Emissions-Standard. Für neue öffentliche Gebäude ab dem 01.01.2028, für alle anderen neuen Gebäude ab dem 01.01.2030
- Der Altbestand muss bis 2050 schrittweise umgebaut werden, beginnend bei jenen Gebäuden, wo dies rasch möglich ist bzw. wo die Emissionen sehr hoch sind
- Der Standard basiert auf Kostenoptimalitätsberechnungen mit dem Ziel eines möglichst geringen Primärenergiebedarfs
- Der restliche Energiebedarf muss durch erneuerbare Energieträger gedeckt werden



© zlv

Christina Eireiner, BEd, MSc

Geschäftsführende Gemeinderätin Marktgemeinde Tulbing
Vorsitzende der SPÖ Ortsgruppe Tulbing
Bachelor of Education für Umweltpädagogik
Master of Science für Erneuerbare Energiesysteme und
technisches Energiemanagement

Den toxischen Schnittstellen zwischen Migration, Menschenhandel und Arbeitsausbeutung auf der Spur

Menschenhandel hat viele unterschiedliche Gesichter. Immer aber zielt er auf die Ausbeutung von Menschen ab, oft begleitet von Gewalt gegen die Betroffenen. Die Opfer (vielfach Frauen und Kinder, aber auch Männer) werden sexuell ausgebeutet oder in Haushalten wie Sklav:innen gehalten; sie werden aber auch zum Zwecke der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in die Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft gehandelt und verkauft. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass die Opfer immer jünger werden. Zunehmend werden Kinder und Jugendliche in die Porno-Industrie gehandelt und missbraucht, in die illegale Adoption verkauft, zwangsverheiratet oder zu Bettel- und Diebstahl genötigt bzw. zu verschiedenen kleinkriminellen Handlungen gezwungen.



© Ingimage

Obwohl Menschenhandel in den vergangenen Jahren viel diskutiert wurde, werden gewisse Probleme im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Menschenhandel immer noch unter den Tisch gekehrt; etliche Probleme werden im Ping Pong zwischen Institutionen, Politikbereichen und/oder Ländern und Behörden hin und her geschoben; immer noch existieren verworrene Auffassungen und unklare Abgrenzungen zwischen Menschenhandel und damit verbundenen Bereichen wie Migration, Prostitution, Schleuser/Schleppertätigkeit etc. Es gibt nach wie vor keine nachhaltigen länderübergreifenden Implementierungsstrategien gegen Menschenhandel, vielmehr oft nur eine Anzahl (unkoordinierter) Aktivitäten und Projekte.

In unserem diesjährigen Think Tank-Event Anfang Oktober wollen wir uns deshalb schwerpunktmäßig mit den „toxischen Schnittstellen“ zwischen Migration, den verschiedenen Formen von Menschen-/Frauen-/Kinderhandel und der damit im Zusammenhang stehenden Ausbeutung auseinandersetzen und einerseits die kursierenden, oft irreführenden, Annahmen und Stereotypen hinterfragen, und andererseits Überlegungen anstellen, wie sichergestellt

werden kann, dass jede/r einzelne von Menschenhandel Betroffene Aufmerksamkeit und den richtigen Schutz erhält.

Werden die Opfer von Menschenhandel angesichts der von manchen Politiker:innen in Europa geschürten Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen und Migrant:innen absichtlich übersehen und als „illegale Einwanderer“ behandelt? Oder dienen die Maßnahmen zur Unterbindung der (irregulären) Migration und zur Abschiebung von Migrant:innen als gut gemeinte Maßnahmen zur „Rettung“ von

Menschen vor Menschenhandel und „moderner Sklaverei“?

Wer von den Migrant:innen, die Opfer von Menschenhandel werden, „rutscht durch das Netz“ und erhält keinen angemessenen Schutz? Hat es sich als hilfreich erwiesen, Menschenhandel und irreguläre Migration mit organisierter Kriminalität gleichzusetzen und von der

Strafjustiz Lösungen zu erwarten?

Und schließlich: Gibt es Beispiele für koordinierte Maßnahmen, an denen sowohl staatliche Behörden als auch die Zivilgesellschaft beteiligt sind, die als „bewährte Verfahren“ (good practice) betrachtet werden sollten? Österreichische und internationale Expert:innen werden die derzeitigen Ansätze und Modelle von „Migrationsmanagement“, die sich in erster Linie auf die Verhinderung irregulärer Migration durch verstärkte Grenzkontrollen konzentrieren, hinterfragen und Einblicke in die derzeitige Realität der Schnittstellen zwischen Menschenhandel, Schleuserkriminalität und Migration geben.



© zVg

BM^a a. D. Drⁱⁿ Helga Konrad

Head of „Regional Implementation Initiative on Preventing & Combating Human Trafficking“

2000-2004 Vorsitzende des EU-Stabilitätspaktes Task Force gegen Menschenhandel für Südosteuropa und erste Sonderbeauftragte der OSZE

„Gleichstellung der Geschlechter ist das Bohren harter Bretter“

Liebe Sabine, was ist deine Motivation in deiner SPÖ Funktion?

Als Arbeiterkind mit entsprechenden Erfahrungen ist mir natürlich die soziale Chancengerechtigkeit ein wesentliches Anliegen – sei es in der Bildung, im Sozial- und Gesundheits- oder im Gesellschaftsbereich. Das ist untrennbar mit Frauenpolitik verbunden, denn hier gilt es am meisten zu tun.

Was ist Frauenpolitik aus deiner Perspektive – und wie wird sie tatsächlich in der SPÖ gelebt?

Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik. Geht es den Frauen gut, geht es der Gesellschaft gut! Nur wenn wir dafür sorgen, dass Frauen gleiche Bildungschancen haben, gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten – und damit die Lohnschere schließen – sind wir auf einem guten, gerechten Weg. Das bedeutet, dass Frauenarmut – vor allem in der Pension – reduziert wird und Frauen selbstbestimmt leben können. Davon profitieren alle! Dazu braucht es aber auch ausreichend Kinderbetreuungsplätze ab dem ersten Lebensjahr, eine höhere Anrechnung der Karenzzeiten sowie Halbe-halbe in den Kindererziehungszeiten. Da gibt es noch vieles an Bewusstseinsarbeit zu tun, denn Männer die in Karenz gehen wollen, haben oft Probleme mit dem Arbeitgeber wenn sie das in Anspruch nehmen. Doch der Blick auf Schweden zeigt, dass es ein Gewinn für die Familie und für die Gesellschaft ist. Die SPÖ ist die Partei, in der Gleichstellung überwiegend gelebt wird, Männer nehmen auch häufiger Karenzzeiten in Anspruch und arbeiten mehr im Haushalt mit. In Niederösterreich ist das mit Herausforderungen verbunden, Stichwort Kinderbetreuungsplätze und konservative Werthaltungen.

Wenn du Prioritäten setzt, welche Herausforderungen in NÖ siehst du, die als erstes in Angriff genommen werden sollten?

Der Blick ins Nachbarbundesland Wien macht es deutlich, was möglich ist: In Niederösterreich ist ganz klar die Schaffung von flächendeckenden, leistbaren Kindertagesstätten mit adäquaten Öffnungszeiten und Ganztagschulen mit kostenfreiem Mittagessen zu nennen! Ebenso wie bereits erwähnt die Gleichstellung bei Löhnen und Gehältern.

Aber auch der Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen sowie die Schaffung von Frauengesundheits- und Beratungszentren.

Wie kann Gleichstellung der Geschlechter in unserem Bundesland vorangetrieben werden?

Das ist das Bohren harter Bretter: Es gilt, hier Bewusstsein dafür zu schaffen, dass adäquate Frauenpolitik auch Gesellschaftspolitik ist. Oder umgekehrt: Gesellschaftspolitik die allen Menschen und Altersgruppen gerechte Chancen ermöglicht, kommt ohne moderne Frauenpolitik nicht aus!

Welche konkreten Maßnahmen und Programme der SPÖ NÖ willst du diesbezüglich nennen?

Wir setzen uns auf Landesebene wo immer möglich für soziale Gerechtigkeit ein. Nicht zuletzt bei den Jüngsten für die 3 G im Kindergarten: Gratis, ganzjährig und ganztägig. Hier sind wir allerdings – genauso wie bei unseren Maßnahmen im Gewaltschutz, beim Ausbau von Beratungsstellen und Frauenhäusern – an die politischen Kräfteverhältnisse gebunden. Ebenso wurde unser letzter Antrag, die Pflegegeldergänzungsleistung nach 15 Jahren zu valorisieren, mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Welche Initiativen gibt es in der Partei, um Frauen in Führungspositionen in der Politik zu fördern – innerhalb der eigenen Reihen – und nach außen?

Wir haben mit unserer Landtagsabgeordneten und Landesfrauenvorsitzenden Elvira Schmidt eine engagierte Frauenpolitikerin, die sich sehr dafür einsetzt, Frauen in die Politik zu bringen und zu fördern. So wurde unter ihrer Initiative heuer bereits der 12. Lehrgang der Frauenakademie abgehalten, der die individuellen Persönlichkeiten fördert, sowie stärkt und Frauen das Rüstzeug für die politische (Führungs-)Arbeit mitgibt. Damit setzen wir in Niederösterreich ein starkes Zeichen innerhalb und außerhalb der Partei und Niederösterreichs.

Wie gehst du mit Parteikollegen um, die Frauen gegenüber abwertend sowohl in der Sprache als auch ihrem Tun sind?



© zVg

Mag. Sabine Hofireck, MBA

ist seit fast 20 Jahren in der SPÖ politisch aktiv, hat 2015 die NÖ Landesfrauenakademie absolviert und wurde 2016 im Bezirk Gänserndorf zur Bezirksfrauenvorsitzenden gewählt.

Seit 2019 ist sie Gemeinderätin ihrer Heimatgemeinde Orth an der Donau. Nationalratskandidatin (Listenplatz 16 des Landeswahlvorschlages der SPÖ)

Übergriffe verbaler und tätlicher Natur sind inakzeptabel und immer abzulehnen – egal woher sie kommen. Dennoch ist niemand vor Fehlern gefeit – auch in unserer Partei nicht. Wichtig ist der Umgang damit: Wir haben Sensibilisierungsmaßnahmen für unsere politisch Tätigen bzw. Interessierten gesetzt, die das Bewusstsein für einen respektvollen Umgang mit Frauen und gegen Entgleisungen schärfen.

Wie kann die politische Partizipation von Frauen in Niederösterreich gestärkt und sichergestellt werden, dass ihre Stimmen hörbar und repräsentiert sind?

Wir haben in allen 23 Bezirken eine Bezirksfrauenvorsitzende, die starke Stimmen für die Frauen und ihre Anliegen sind. In der Frauenakademie werden sie dazu noch gestärkt. Unsere Landesfrauenvorsitzende hat zudem auch dafür gesorgt, dass sie alle Mitglieder im Landespartei Vorstand sind. So ist sichergestellt, dass der Frauenanteil in diesem wichtigen Gremium gestiegen ist, Frauen nach innen und außen repräsentiert sowie ihre Stimmen gehört werden.

Welche Botschaft möchtest du uns zum Abschluss noch mitgeben?

Wir können die aktuellen (gesellschafts-)politischen Herausforderungen nur mit sozial gerechter Politik und einem vorwärts gerichteten Blick gemeinsam schaffen. Die SPÖ wird sich immer dafür einsetzen und lädt alle ein, uns dabei zu unterstützen und diese Politik mit uns zu gestalten.



Kurz-Biografie:

Ausbildung und beruflicher Werdegang:

- Studium der Rechtswissenschaften an der JKU Linz
- Juristische Mitarbeiterin im Bereich Arbeits & Sozialrecht in Rechtsanwaltskanzleien (2009-2016), sowie in der gesundheitspolitischen Abteilung der AKNÖ (2016-2020)
- Fachberaterin für Arbeits- & Sozialrecht (2020-2023)
- Seit 2009 Tutorin für Latein & Englisch
- Seit 2023 Arbeitsrechtsexpertin der HR-Abteilung der HYPO NOE

Funktionen (Auswahl):

- Seit 2024 Landesbeauftragte für NÖ der neuBasis im BSA
- Seit 2024 stv. Vorsitzende JG Bezirk St. Pölten
- Mitglied des Landesvorstands der JG NÖ (seit 2022)
- Div. Funktionen in Sektionen der SPÖ St. Pölten

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Mag.ª Marie-Theres Amler-Buhr

Wordrap:

Arbeitsrechtsexpertin, weil ...

Ich davon überzeugt bin, dass faire Arbeitsbedingungen das Fundament einer gerechteren Gesellschaft sind.

Bildung der Kinder:

Bildung schafft Chancengleichheit und ermöglicht sozialen Aufstieg. Sie befähigt junge Menschen, ihre Rechte zu kennen, fördert kritisches Denken und demokratisches Bewusstsein – Grundlagen für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. In meiner Arbeit erlebe ich täglich, wie wichtig fundiertes Wissen und analytische Fähigkeiten sind, um komplexe Probleme zu lösen und Rechte zu schützen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass alle Kinder Zugang zu hochwertiger Bildung erhalten – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Denn nur so können wir eine Arbeitswelt und Gesellschaft gestalten, die auf Fairness, Solidarität und Chancengleichheit beruht.

Junge Generation und neuBASIS:

Die Junge Generation der SPÖ ist für mich mehr als nur eine politische Jugendorganisation. Hier setze ich mich gemeinsam mit anderen jungen Menschen für faire Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit ein. Die JG gibt mir die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung einer besseren Zukunft mitzuwirken und die Interessen meiner Generation in der Politik zu vertreten. Sie ist der Ort, an dem Ideen zu Taten werden und wo wir gemeinsam die Grundlagen für ein gerechteres Österreich legen. Als Landesbeauftragte der neuBASIS NÖ sehe ich mich als Brückenbauerin zwischen den Generationen. Meine Aufgabe ist es, die frischen Ideen und den Tatendrang der Jugend mit der Erfahrung und dem Fachwissen der Mitglieder des BSA zu verbinden. In dieser einzigartigen Position hoffe ich den Dialog zu fördern, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und generationenübergreifende Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln.

Kaiserwald in St. Pölten:

Der Kaiserwald am Eisberg ist für mich mehr als nur ein Naherholungsgebiet. Er ist ein magischer Ort, der meine Kindheit geprägt hat – von Abenteuern auf dem Spielplatz bis zu verschneiten Rodelpartien. Hier, zwischen majestätischen Bäumen und versteckten Pfaden, habe ich die Natur lieben gelernt und

Erinnerungen geschaffen, die mich bis heute begleiten. Der Kaiserwald ist nicht nur ein Stück St. Pöltner Geschichte, er ist ein Teil meiner persönlichen Geschichte.

Latein:

Meine Begegnung mit Latein bereits in der 3. Klasse des Gymnasiums war der Beginn einer spannenden Entdeckungsreise. Diese (für manche antiquierte) Sprache lehrte mich nicht nur präzises Denken und logisches Argumentieren – Fähigkeiten, die mir später im Jusstudium und Beruf unschätzbar waren und sind – sondern eröffnete mir auch den Zugang zu den Grundlagen unserer Demokratie und des sozialdemokratischen Gedankens. Der im Lateinunterricht vermittelte humanistische Geist formte mein Verständnis von Bildung als Weg zur persönlichen und gesellschaftlichen Emanzipation. Heute sehe ich in Latein ein lebendiges Fundament, das antike Ideale mit modernen Werten verbindet und uns lehrt, dass kritisches Denken und umfassende Bildung die Grundlagen einer gerechten Gesellschaft sind – eine Erkenntnis, die mich als Juristin und überzeugte Sozialdemokratin bis heute prägt.

Meine Musik ist ...

schwer festzulegen. Musik ist für mich unerlässliche Begleiterin in allen Lebensphasen. So unterschiedlich wie diese sind, wandelt sich auch mein Musikgeschmack. Ich schätze die Oper und Musicals, es kann aber passieren, dass man mich im Sommer auf dem einen oder anderen Rockfestival findet.

Von meinem Großvater Ernst Pfabigan habe ich gelernt ...

wie man Sozialdemokratie lebt. Was es heißt, sich für andere – insbesondere für Schwächere – einzusetzen, sich die Ärmel aufzukrumpeln und für die Werte und die Überzeugungen zu kämpfen, für die man steht. Sein Lebensmotto war: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ von Erich Kästner – und nach diesem Vorbild möchte ich mein privates, aber auch politisches Leben führen.

Wandern mag ich, aber von einem Aussichtspunkt zum nächsten zu hetzen würde ich nie machen:

Wandern und Bergsteigen sind für mich Erholung, Stärkung von Körper bzw. Geist. In zwei Worten: Genuss pur. Da hat Eile keinen Platz.

Politik für ein gesundes Österreich

Gesundheit ist nicht nur das Fundament individueller Lebensqualität, sondern auch ein zentraler Pfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. In den kommenden Jahren stehen wir vor der Herausforderung, unser einst „bestes Gesundheitssystem“ wieder aufzurichten und so zu gestalten, dass allen Menschen in Österreich eine hochwertige, gerechte und zukunftssichere Versorgung ermöglicht wird. Wir als Sozialdemokratie haben eine klare Vorstellung davon, wie wir diese Herausforderungen meistern und Österreich gesund in die Zukunft führen können.

Primärversorgung und regionale Versorgungssicherheit

Ein starker Fokus muss auf der Stärkung der Primärversorgung liegen. Diese stellt die erste Anlaufstelle für Patient:innen dar und ist somit für eine flächendeckende, schnelle und effiziente medizinische Versorgung entscheidend. Wir müssen dafür sorgen, dass die Zahl der Allgemeinmediziner:innen deutlich erhöht wird, insbesondere in ländlichen Regionen, wo der Ärzt:innenmangel bereits jetzt spürbar ist. Attraktive Ausbildungsprogramme, verbesserte Arbeitsbedingungen und gezielte Anreize für eine Niederlassung in unterversorgten Gebieten sind notwendige Schritte, um diesem Mangel entgegenzuwirken. Darüber hinaus muss die Vernetzung der Primärversorgungseinrichtungen mit Fachärzt:innen und Krankenhäusern ausgebaut werden, um eine nahtlose Betreuung der Patient:innen zu gewährleisten sowie unnötige Krankenhausaufenthalte, langwierige Diagnosestellungen oder Doppelbefundungen zu vermeiden.

Frauengesundheit und Gender Medicine im Fokus

Viel zu lange wurden Gesundheitsanliegen der Frauen ignoriert! Die SPÖ war von Anfang an eine starke Partnerin der Frauengesundheitsbewegung und der Gender Medicine. Biologische und soziale Unterschiede zwischen den Geschlechtern müssen in Forschung, Diagnostik und Therapie integ-

riert werden. Gender Medicine muss in der Ausbildung der Gesundheitsberufe selbstverständlich verankert sein, um eine gerechte und effektive Versorgung sicherzustellen. Darüber hinaus brauchen wir den Ausbau von spezifischen Präventions- und Versorgungsprogrammen für Frauen und Mädchen, um langfristige und hochwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Frauen dürfen nicht höhere Ausgaben für ihre Gesundheit haben, nur weil sie Frauen sind! Hygienartikel und Verhütungsmittel sollen daher kostenlos angeboten werden. Der Schwangerschaftsabbruch muss endlich sicher, straffrei und kostenlos in ganz Österreich möglich sein.



© Ingimage

Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken minimieren

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen bietet enorme Chancen, die wir nutzen müssen, um die medizinische Versorgung in Österreich zukunftssicher zu machen. Künstliche Intelligenz, Telemedizin und digitale Patient:innenakten können dazu beitragen, die Effizienz zu steigern, Diagnosen zu präzisieren und Patient:innen eine ortsunabhängige Versorgung zu ermöglichen. Wir müssen sicherstellen, dass diese Technologien allen Menschen zugänglich gemacht werden, unabhängig von ihrem sozialen oder ökonomischen Status. Dabei sollen jedoch auch die Risiken der Digitalisierung, insbesondere die Gefahr der

Verschärfung bestehender Ungleichheiten, genau beobachtet und durch klare gesetzliche Rahmenbedingungen minimiert werden. Geschlechtsspezifische Datenlücken, der sogenannte „Gender Data Gap“, müssen geschlossen werden, um sicherzustellen, dass die neuen Technologien nicht nur für den „Durchschnittsmenschen“, sondern für alle Bürger:innen optimal funktionieren.

Prävention und Gesundheitsbildung als Schlüssel zu einer gesunden Gesellschaft

In Anbetracht der demografischen Veränderungen, der immer komplexeren und kostenintensiveren Therapien, sowie der Vermeidung von persönlichem Leid, stellen Prävention und Früherkennung die Basis eines nachhaltigen Gesundheitssystems dar. Um die Gesundheit des/der Einzelnen so lange wie möglich zu erhalten, braucht es umfangreiche Gesundheitsbildungsprogramme für alle Altersstufen. Gesundheitsbildung muss ein fester Bestandteil der Kindergarten- und Schulbildung werden, damit Kinder und Jugendliche von Anfang an lernen, wie wichtig eine gesunde Lebensweise ist. Auch im Bereich der Erwachsenenbildung sind zielgerichtete Aufklärungskampagnen notwendig, um das Bewusstsein für Prävention und Früherkennung zu stärken. Der Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung ist hier ein wesentlicher Eckpfeiler. Lernen und Arbeiten dürfen nicht krank machen, sondern sollen gesund halten!

Gesundheit und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand

Gesundheitspolitik darf nicht losgelöst von der sozialen Gerechtigkeit betrachtet werden. Es ist bekannt, dass sozial benachteiligte Gruppen ein höheres Risiko haben, zu erkranken und schlechtere Chancen auf eine angemessene medizinische Versorgung haben. Das ist für uns Sozialdemokrat:innen inakzeptabel. Daher muss die Gesundheitspolitik eng mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit gedacht und verzahnt werden. Wir kämpfen seit unserer Gründung dafür, dass alle Menschen,

unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer Herkunft, Zugang zu den besten verfügbaren medizinischen Leistungen haben. Dies bedeutet auch, dass wir gegen die zunehmende Privatisierung im Gesundheitswesen kämpfen und sicherstellen, dass die öffentliche Hand weiterhin die Kontrolle über wichtige Gesundheitsdienste behält. Die Erhaltung der Gesundheit des/der Einzelnen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Gesundheitspolitik für die nächsten Generationen

Die Gesundheitspolitik der nächsten Jahre wird maßgeblich beeinflussen, wie gut Österreich auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet ist. Als SPÖ sind wir uns unserer Verantwortung bewusst, eine Gesundheitspolitik zu gestalten, die nicht nur die akuten Probleme löst, sondern auch die Weichen für die Gesundheit kommender Generationen stellt. Dies erfordert Weitblick, Mut zur Veränderung sowie eine klare Orientierung an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die derzeitige medizinische Mangelversorgung unserer Kleinsten ist absolut inakzeptabel! Während

Österreich einst für die Einführung des Mutter-Kind-Passes durch die Sozialdemokratie weltweit beachtet und nachgeahmt wurde, ist es aktuell schwierig, einen einfachen Termin beim Kinderarzt/Kinderärztin zu ergattern, und das obwohl aktuelle Studien eine dramatische Zunahme von gesundheitlichen Problemen von Kindern und Jugendlichen aufzeigen. Um das persönliche Leid von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zu reduzieren, müssen wir auch hier auf Prävention und Früherkennung setzen. Die Weiterführung des Eltern-Kind-Passes im Sinne eines regelmäßigen Screenings auf physische und psychische Gesundheit durch Fachpersonal bis zum vollendeten 18. Lebensjahr wäre eine effektive und weichenstellende Maßnahme hin zu einem zukunftssicheren Gesundheitssystem, denn die gesunden Kinder und Jugendlichen von heute sind die gesunden Erwachsenen von morgen.

Seit jeher zeichnen sich sozialdemokratische Programme durch innovative und fortschrittliche Gesundheitspolitik aus, die das einst „beste Gesundheitssystem“ maßgeblich gestaltet haben. Es ist Zeit, dass wir auch auf der Bundesebene wieder eine aktive Rolle in

der Gesundheitspolitik einnehmen, um rasch wichtige Maßnahmen umzusetzen und langfristig Weichen zu stellen – für alle Menschen in Österreich.



© zVg

Dr.ⁱⁿ Miriam Hufgard-Leitner, MSc
 Oberärztin für Endokrinologie und Stoffwechsel an der
 MedUni Wien/Universitätsklinikum AKH Wien
 Vorsitzende der BSA-Ärztinnen
 Koordinatorin des SPÖ-Expert:innenrats Gesundheit
 Nationalratskandidatin (Listenplatz 16 des
 Bundeswahlvorschlages der SPÖ)

„Gesundheitspolitik – quo vadis?“

Der Bezirksvorsitzende Mag. Wolfgang Motz lud am 10. September gemeinsam mit seinem Team des **BSA Korneuburg** zur hochkarätigen Veranstaltung „Kann man sich Krankheit in Zukunft noch leisten? Gesundheitspolitik – quo vadis?“. An der von Dr. Franz Leisch (SPÖ-Spitzenkandidat des Bezirks Korneuburg für die NR-Wahl) moderierten Podiumsdiskussion nahmen Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, Dr.ⁱⁿ Birgit Angel (Allgemeinmedizinerin) und Andreas Huss, MBA (Obmann der ÖGK) teil. Neben wertvollen Eingangsstatements stellten sich die Diskutant:innen auch den zahlreichen Fragen des interessierten Publikums.



V.l.n.r.: Wolfgang Motz, Ulrike Königsberger-Ludwig, Birgit Angel, Andreas Huss, Franz Leisch

Sommerfest bsa&friends



Frauenpolitisches Netzwerken



Landessekretär Günter Schraik und stv. Landesvorsitzender Wolfgang Motz



Erich Zib bei der Arbeit

Zum ersten Mal lud der **BSA NÖ** zum Sommerfest **bsa&friends** ins Zentralkino-Center Wiener Neustadt und griff damit eine regionale Veranstaltungsidee auf. Bei herrlichem Wetter folgten rund 50 Gäste der Einladung, unter ihnen Abg. z. NR Robert Laimer, Abg. z. NR Petra Tanzler, LAbg. Mag.^a Karin Scheele, LAbg. Vbgm. Mag. Dr. Rainer Spenger und der Landesvorsitzende der SPÖ Bauern Ernst Wagentristel. Sie alle genossen Networking bei Speisen vom Grill und kühlen Getränken. „Mr. Wienerlied“ Erich Zib unterhielt die Gäste mit feiner Akkordeonmusik.

Eine Stunde vor Festbeginn luden die stv. Landesvorsitzenden HRⁱⁿ Mag.^a Sabine Dohr und MMag.^a Sylvia Jaidhauser-Schuster zu einem hochehrgebrachten und gut besuchten **Frauenempfang** des BSA NÖ. Der Dank gilt allen Helfer:innen, ohne die dieser Erfolg nicht möglich gewesen wäre. Ein Wiedersehen gibt's beim **bsa&friends 2025**.



Unser neues Mitglied, Profi-Zauberer Gregor Schubert alias Gregory, führt ein Kunststück vor

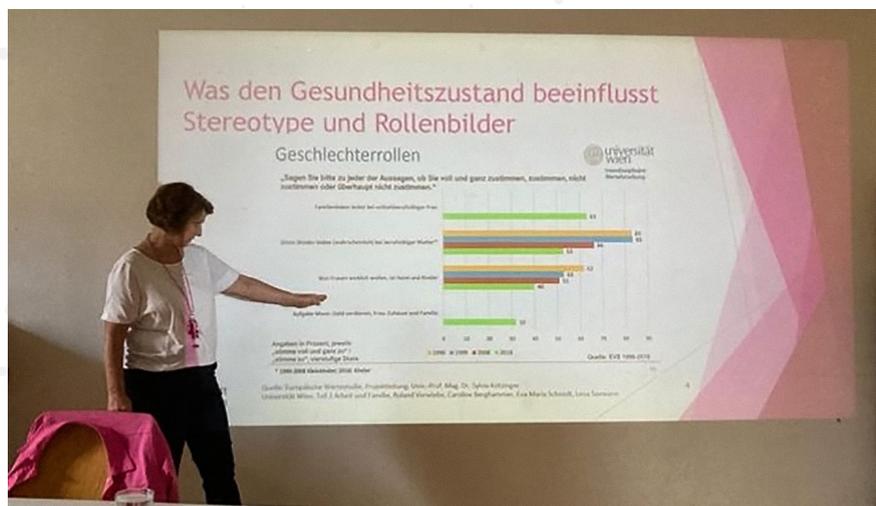


Haben fleißig angepackt (v.l.n.r.):
Meludia Jusufi, Mara Jaidhauser,
Sylvia Jaidhauser-Schuster, Sabine Dohr



Nach dem Essen gute Gespräche

„Warum Frauen zwar länger leben, aber mehr Zeit in schlechter Gesundheit verbringen“



Um diese Frage zu erörtern, aber vor allem mit Antworten darauf, welche Maßnahmen für eine chancengerechte Gesundheitsversorgung gesetzt werden müssen, lud der **BSA Gänserndorf** am 13. Juni zum gemeinsamen Austausch ein. Wie Geschlechterrollen den Gesundheitszustand beeinflussen, ist nur einer von unzähligen Aspekten, auf die Gesundheitsexpertin Mag.^a Sabine Hofreck, MBA in ihrem Vortrag über Frauengesundheit wichtige Inputs und Antworten geben konnte. Das große Interesse an diesem Vortrag und der intensive Austausch bis in den späten Abend zeigte den hohen Stellenwert der (Frauen-)Gesundheit und den großen Bedarf an Verbesserungen.

„Demokratie und Demografie“



Auf Einladung der **Jurist:innen im BSA NÖ** und des **BSA Wiener Neustadt** war Verfassungsjurist, Sektionschef i.R. und Erfolgsautor Prof. Dr. Manfred Matzka im Zentralkino-Center Wiener Neustadt zu Gast und hielt einen beeindruckenden Vortrag zum Thema „Demokratie und Demografie“, geprägt von juristischer Kompetenz, Realitätssinn und Humanismus.

Was ist heute links?



1970 erschien das Buch „Was ist heute links?“ von Josef Hindels. Gastkommentator Armin Puller transferiert für uns diese Frage ins Jahr 2024.

Die Bestimmung, was heute links ist, scheint schwieriger geworden. Die Weltlage ist turbulent und von imperialen Spannungen geprägt, das sozialdemokratische Jahrhundert ein Relikt der Geschichtsbücher, und das politische Spektrum hat sich nach rechts verschoben. Auf viele Probleme wie die Globalisierung des Kapitalismus, die wachsende soziale Schieflage und Parteienverdrossenheit fehlen der Linken häufig Antworten.

Glaukt man dem Zeitgeist, so sind der Linken alle stabilen Fundamente weggebrochen. Die Arbeiter von früher gibt es nicht mehr, die Jobs der großen Fabriken ebenso und das Kapital sei eine internationalisierte Macht, die dem Druck auf nationaler Ebene jederzeit entfliehen könne. Wenngleich diese Argumente völlig überzeichnet werden, weisen sie bestimmt auch ein Körnchen Wahrheit auf. Grundfalsch ist dennoch die Annahme, dass es zuerst passende und außerpolitisch stabile Fundamente benötigen würde, bevor man linke Politik formulieren könne. Die Bedeutung des Gegensatzes von links und rechts ist eine politische Konstante – zumindest solange die soziale Frage nicht gelöst ist – und die Notwendigkeit einer Linken ist größer denn je.

Linke Politik ist zuvorderst das Ergebnis von Organisation und war es immer schon. Die österreichische Sozialdemokratie war lange Zeit die starke Organisation einer politisch stark vereinheitlichten Arbeiter:innenbewegung und verstand es, deren Interessen zu monopolisieren. Dies war aber nicht zuvorderst das Ergebnis genialer Politiker:innen

wie Viktor Adler, Adelheid Popp oder Otto Bauer, die einer bereits vereinheitlichten Arbeiter:innenschaft ihre Stimmen gegeben hätten. Es war das Ergebnis von Organisationsarbeit in der Fläche der Arbeitsstätten und der Wohngebiete quer über das Land und der Verankerung in den Lebenswelten der arbeitenden Bevölkerung. Dabei wurde die soziale Basis der Partei geformt, als kollektive Intelligenz und politische Kraft.

Die Sozialdemokratie Europas funktioniert heute vielfach anders. Sie ist zuvorderst von Debatten über politische Taktiken gezeichnet, die von Professionist:innen in Politikberatung, Medien und Marktforschung angeführt werden. Ein Ausfluss davon sind Kontroversen, ob das Modell Dänemark unter Frederiksen, das Modell Frankreich unter Macron, das Modell Deutschland unter Scholz, das Modell Großbritannien unter Starmer oder das Modell USA unter Kamala Harris besser funktionieren. Dabei wird erörtert, welche genaue Mischung von linken, rechten, progressiven, konservativen, kommunitaristischen, feministischen, radikalen usw. Politiken und Slogans die Sozialdemokratie kommunizieren soll. Vielfach wird heute Politik so gedacht, dass es darum ginge, Individuen von oben mit bestimmten Inputs anzusprechen und an ihre bereits vorhandenen politischen Identitäten zu appellieren. In modernen Wahlkämpfen ist dies sicherlich nicht grundfalsch. Das alleine schafft aber keine stabilen politischen Identitäten und Kräfte, sondern bestenfalls und bloß kurzfristige Koalitionen an Wähler:innen. Eine stabile soziale Basis und belastbare Beziehungen der politischen Repräsentation sind dagegen etwas völlig anderes. Sie beruhen auf der Verankerung einer Partei in der Lebensrealität ihrer sozialen Basis und schaffen dauerhafte Verbindungen.

Die Sozialdemokratie ist historisch aus der politischen Organisation derjenigen entstanden, die von Ausbeutung, Unterdrückung und Abwertung betroffen waren. Die Organisationsarbeit war hart und nahm viele Jahre in Anspruch, musste bürgerliche und reaktionäre Ideologien zurückkämpfen und ausgehend von den Erfahrungen der Organisierten Perspektiven bündeln. Dieses Rezept war die historische Grundlage des Erfolgs der Linken. Es gibt keinen Grund, warum es nicht heute wiederholt werden könnte. Die Alternative,

die Linke auf dem Reißbrett zu entwerfen, etwa unter Fantasien über die Schlagkraft vermeintlich ewiger philosophischer Werte oder durch Annäherung an die Rechten, wird dagegen notwendig scheitern. Die Schlagkraft der Linken war immer schon abhängig von ihrer organisatorischen Größe, Einheit und Ambition und ihrer Kapazität, Perspektiven für eine soziale Veränderung zu formulieren. Die furchtlose Sozialdemokratie mit Herz und Hirn ist ein erster Schritt in diese Richtung.



Mag. Armin Puller

ist Lektor an der Universität Wien und Vorsitzender der Gesellschaft für Geistes- und Sozialwissenschaften im BSA. Am 18. März 2024 diskutierte er zu diesem Thema beim BSA Niederösterreich.

Westsahara – die letzte Kolonie Afrikas

Der Konflikt um die Westsahara bewegt mich seit meiner Jugend, seit meiner Zeit in der Sozialistischen Jugend Niederösterreich. Damals sammelten wir Geld für Brunnen „in der Wüste“, um bessere Lebensbedingungen der saharaischen Flüchtlinge zu schaffen, die in einem unwirtlichen Winkel Westalgiers in Lagern lebten. Ich wusste damals sehr wenig über den Konflikt selbst. Hannes Weninger war damals Vorsitzender der SJ in Niederösterreich und hatte die solidarische Zusammenarbeit mit den Saharais gestartet. Seither engagiere ich mich für das Selbstbestimmungsrecht der Saharais und dafür, dass dieser Konflikt nicht vergessen wird. Menschenrechte und internationales Recht müssen die Politik bestimmen, nicht das Recht des Stärkeren. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten werden nur dann glaubwürdig für Menschenrechte und Völkerrecht eintreten können, wenn sie es auch in der Frage der Westsahara ernst meinen. Die Ansagen von Pedro Sanchez und kürzlich Emanuel Macron, dass sie den Vorschlag Marokkos unterstützen würden, sprechen gegen eine legale und friedliche Lösung in der Westsahara und reduzieren einmal mehr die Glaubwürdigkeit Europas.

A bisserl Geschichte ...

Das Gebiet der Westsahara wird 1884 zur spanischen Kolonie (Berliner Kongress). Jahrzehntlang bleibt die Präsenz der Spanier auf Villa Cisneros, Dajla beschränkt. Das Gebiet der Westsahara wird mit dem Entdecken riesiger Phosphatfelder für die spanischen Kolonialherren sehr interessant. Mit der Ausbeutung der Rohstoffe steigt auch die Unterdrückung der saharaischen Bevölkerung. Am 10. Mai 1973 wird die Frente Polisario (Befreiungsorganisation des saharaischen Volkes) gegründet, weil die von den Vereinten Nationen geforderte und von Spanien versprochene Dekolonialisierung¹ immer wieder verschoben wird. Jeder Protest wird gewaltsam unterdrückt, es kommt zum bewaffneten Kampf der Befreiungsorganisation. Innerhalb kurzer Zeit verwandelt sich die Frente Polisario in eine Massenbewegung. Marokko – selbst dekolonisiert und unabhängig seit 1956 – meldet Ansprüche an den

Gebieten der Westsahara an. Der damalige König Hassan II. lässt diese beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag 1974 prüfen, genau zu dem Zeitpunkt, zu dem Spanien erneut ein Referendum in der Westsahara ankündigt. Der Internationale Gerichtshof erteilt dem marokkanischen König Hassan II. eine klare Abfuhr, weil mit einer UN-Delegation festgestellt worden war, dass die überwältigende Mehrheit der saharaischen Bevölkerung die Unabhängigkeit will.

Nach diesem NEIN des Internationalen Gerichtshofes marschiert Marokko in die Westsahara ein. Viele Saharais fliehen aus den Gebieten der Westsahara nach Algerien. Die Flüchtlingslager entstehen in der Nähe der algerischen Stadt Tindouf. Kurz nach diesem Einmarsch, dem sogenannten Grünen Marsch, kommt es zum Madrider Abkommen, das illegal die Gebiete der Westsahara von Spanien an Marokko und Mauritien abtritt. Am 26. Februar 1976 endet die spanische Verwaltung der Westsahara, am 27. Februar 1976 wird die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ausgerufen. Die Ausrufung ist eine klare Botschaft des Unabhängigkeitswillens der Saharais.

90er-Jahre - es gibt Hoffnung, die bitter enttäuscht wurde

Ende der 80er-Jahre unterzeichnen Marokko und die Frente Polisario einen von der UNO ausgearbeiteten Friedensplan. Dieser sieht die Registrierung der Wahlberechtigten und die Abhaltung eines Referendums vor, bei dem die Saharais über die Zukunft ihrer Heimat entscheiden sollen. Zu diesem Referendum ist es bis heute nicht gekommen. Marokko findet immer wieder Ausreden, um die Umsetzung des Volksentscheids und damit die Einhaltung des Völkerrechts zu blockieren. Eine UNO-Mission, die in den von Marokko besetzten Gebieten die Menschenrechte kontrolliert, scheitert am Veto Frankreichs im UNO-Sicherheitsrat. Das Einknicken des spanischen Regierungschefs Sanchez und die kürzlich getätigten Ansa-



2011 erschien das Buch „Von Freiheit träumen“ von Erich Fenninger unter Mitarbeit von LAbg. Mag.^a Karin Scheele.

gen des französischen Präsidenten Macron, die Autonomie-Lösung der marokkanischen Besatzer zu akzeptieren, tritt internationales Recht mit Füßen und verspielt jegliche Glaubwürdigkeit bei der Vermittlung und Lösung anderer Konflikte. Wenn die Saharais eine Autonomie-Lösung wollen, dann müssen sie das Recht haben, sich für diese oder die Unabhängigkeit ihres Heimatlandes Westsahara zu entscheiden.



LAbg. Mag.^a Karin Scheele

war Vorsitzende der Intergruppe Westsahara und Leiterin der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament. Vor ihrer Tätigkeit als EU-Abgeordnete war sie als Referentin im Internationalen Sekretariat der SPÖ unter anderem für die Bereiche Entwicklung und Politik zuständig. 2011 Mitarbeit am von Erich Fenninger herausgegebenen Buch „Von Freiheit träumen“.

¹ Unter Entkolonialisierung, auch Dekolonisierung, versteht man die Befreiung von Ländern und Völkern aus der rechtlichen Abhängigkeit von Kolonialmächten sowie die Auflösung des vom 16. bis 20. Jahrhundert bestehenden Kolonialsystems.